

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksache 16/3501 –**

UN-Resolution 1325 – Frauen, Frieden und Sicherheit – konsequent umsetzen

A. Problem

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, die Vereinten Nationen auch weiterhin in ihren Bemühungen zu unterstützen, die umfassende Umsetzung der Resolution zu beschleunigen und in diesem Zusammenhang insbesondere für die konsequente und zeitgerechte Umsetzung des UN-Aktionsplans einzutreten. Darüber hinaus soll die Bundesregierung Maßnahmen fördern, die die UN-Resolution 1325 (2000) bei den in Krisenregionen tätigen politischen Akteuren, Entscheidungsträgern, Organisationen und Fraueninitiativen bekannt macht. Bei humanitären und entwicklungspolitischen Maßnahmen, insbesondere bei Anlegung und Ausstattung von Flüchtlingslagern, soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Belange von Frauen und Mädchen angemessen berücksichtigt werden. In dem Antrag wird festgehalten, dass sexuelle Gewalt eine Menschenrechtsverletzung ist, auf die während und nach bewaffneten Konflikten lange nicht konsequent genug reagiert worden sei. Selbst von Vertretern internationaler Friedenssicherungsmissionen und humanitärer Organisationen seien Sexualvergehen bekannt geworden. Die Vereinten Nationen hätten dies aufs Schärfste verurteilt und inzwischen Maßnahmen zur Beobachtung der Menschenrechte ergriffen sowie Kontrollmechanismen eingeführt.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/3501 anzunehmen.

Berlin, den 31. Januar 2007

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Ute Granold
Berichterstatterin

Christel Riemann-Hanewinkel
Berichterstatterin

Burkhardt Müller-Sönksen
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ute Granold, Christel Riemann-Hanewinkel, Burkhardt Müller-Sönksen, Michael Leutert und Volker Beck (Köln)

I. Überweisung und Mitberatung

Der Antrag auf **Drucksache 16/3501** wurde in der 67. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. November 2006 dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss, dem Innenausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In dem Antrag fordern die Fraktionen der CDU/CSU und SPD, der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, die Vereinten Nationen auch weiterhin in ihren Bemühungen zu unterstützen, die umfassende Umsetzung der Resolution zu beschleunigen und in diesem Zusammenhang insbesondere für die konsequente und zeitgerechte Umsetzung des UN-Aktionsplans einzutreten. Darüber hinaus soll die Bundesregierung Maßnahmen fördern, die die UN-Resolution 1325 (2000) bei den in Krisenregionen tätigen politischen Akteuren, Entscheidungsträgern, Organisationen und Fraueninitiativen bekannt macht. Bei humanitären und entwicklungspolitischen Maßnahmen, insbesondere bei Anlegung und Ausstattung von Flüchtlingslagern, soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Belange von Frauen und Mädchen angemessen berücksichtigt werden. In dem Antrag wird festgehalten, dass sexuelle Gewalt eine Menschenrechtsverletzung ist, auf die während und nach bewaffneten Konflikten lange nicht konsequent genug reagiert worden sei. Selbst von Vertretern internationaler Friedenssicherungsmissionen und humanitärer Organisationen seien Sexualvergehen bekannt geworden. Die Vereinten Nationen hätten diese aufs Schärfste verurteilt und inzwischen Maßnahmen zur Beobachtung der Menschenrechte ergriffen sowie Kontrollmechanismen eingeführt.

Die Fraktionen betonen in ihrem Antrag, Frauen dürften jedoch nicht nur in der Opferrolle gesehen werden. Sie seien auch entschlossen Handelnde, die für ihre Rechte kämpfen und für die Gemeinschaft soziale Verantwortung übernehmen. Meist seien sie es, die sich insbesondere in Kriegzeiten unter schwierigsten Bedingungen und oftmals hohem eigenem Risiko um die Familie kümmern und nach Wegen suchen, sie zu ernähren und vor Gefahren in Sicherheit zu bringen. Friedensgruppen afrikanischer Frauen, wie z. B. Femme Africa Solidarité oder Marwap net, belegten eindrucksvoll dieses große soziale Potential. Die Fraktionen führen weiter aus, die hohen Erwartungen an die UN-Resolution 1325 (2000) hätten sich noch nicht erfüllt. Frauenorganisationen, wie z. B. der Frauensicherheitsrat, kritisierten insbesondere, dass weder ein Monitoring noch ein zeitlicher Rahmen für die Umsetzung der Maßnahme vorgesehen seien und zeigten sich enttäuscht über die bislang geringe Wirkung auf die Lebensrealität von Frauen und Mädchen in Krisenregionen. Bei vielen einheimischen Organisationen sei die UN-Resolution nicht einmal bekannt. Eine

weitere Forderung der Fraktionen zielt darauf ab, dass die Bundesregierung darauf achtet, dass die Geschlechterperspektive – u. a. durch die Integration von Gender-Beraterinnen und Menschenrechtsbeobachtern – in der Praxis von Friedensmissionen angewandt und das Personal der truppenstellenden Länder dementsprechend vorbereitet werde. Die Bundesregierung soll sich zudem dafür einsetzen, dass jene, die Gewalt an Frauen begangen haben, konsequent bestraft werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihnen um einheimische Soldaten und Milizen handelt, um Familienmitglieder oder um Angehörige friedenssichernder und humanitärer internationaler Missionen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 31. Januar 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 31. Januar 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 31. Januar 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 31. Januar 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 31. Januar 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

IV. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage in seiner 26. Sitzung am 31. Januar 2007 beraten.

Als Ergebnis der Beratung hat der Ausschuss den Antrag auf Drucksache 16/3501 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. angenommen.

Berlin, den 31. Januar 2007

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ute Granold
Berichterstatlerin

Christel Riemann-Hanewinkel
Berichterstatlerin

Burkhardt Müller-Sönksen
Berichterstatler

Michael Leutert
Berichterstatler

Volker Beck (Köln)
Berichterstatler